

Neuß-Grevenbroicher Zeitung

Telephon Nr. 53.

Größte und meistverbreitete Zeitung

der Kreise Neuß und Grevenbroich

Telephon Nr. 53.

Die Neuß-Grevenbroicher Zeitung erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Als Gratisbeilage täglich das Unterhaltungsblatt „Der Hausfreund“, wöchentlich die landwirtschaftliche Beilage „Rhein-Bauernfreund“ und das St. Quirinus-Blatt. — Preis pro Quartal in Neuß durch Boten in's Haus gebracht, auswärts an der Post abgeholt M. 1.50. Das illustrierte Sonntagsblatt wird den Abonnenten gegen einen Mehrbetrag von 15 Pfg. pro Quartal beigegeben. — Die Zeitung kann auch pro Monat à 50 Pfg. abonniert werden. —



Inserate finden durch die Neuß-Grevenbroicher Zeitung die weiteste Verbreitung und haben bei dem kaisertreuen Lesepublikum unseres Blattes die beste Wirkung. Preis für die neu eingepaltene Seite oder deren Raum 15 Pfg., außerh. 20 Pfg. Kreise Neuß u. Grevenbroich 20 Pfg., für die vierspaltige Reklameseite 10 Pfg. Anzeigen erdienen an die Expedition bis 6 1/2 Uhr abends für die Nummer des folgenden Tages. Annoncen-Annahme durch alle bewährten Annoncen-Expeditionen. Expedition: Neuß, Niederstraße 46.

Nr. 638.

Redaktion J. J. Grunau.

Samstag, 22. November 1913. (Galicia.)

Rotationsdruck und Verlag der Gesellschaft f. Buchdruckerei, Neuß.

40. Jahrgang.

Politische Rundschau.

Gr. Neuß, 20. November.

Der deutsche Bundesrat ist fleißig bei der Arbeit, um dem am 25. November zusammen tretenden deutschen Reichstage den fertigen Etat vorlegen zu können. Natürlich wird er bei diesem Arbeitsseifer keine Zeit finden, sich irgend mit der Petition der deutschen Bischöfe über die Aufhebung des Jesuitengesetzes zu befassen. Unbequeme Dinge sieht man immer auf die lange Bank, aber es wird schon die Zeit kommen, die Herren wieder daran zu erinnern. Man wird sich nicht lange mehr hinter den Vorurteilen der Gegner verbergen können, denn Unrecht ist eine dünne Schutzwand. Jedenfalls dürfen sie nicht die Zeit länger benützen, die zu Gütern des Rechts befristet sind.

Der Reichstag wird vor Weihnachten nicht allzulange zusammenbleiben. Zunächst wendet er sich dem neuen Spionagegesetz zu, um dann sofort in die erste Beratung des Etats einzutreten. Diese Zeitung hofft nach dem 12. Dezember zu erledigen, worauf dann das Haus seine Weihnachtsferien beginnen wird. Zwischen durch werden wohl noch einige Interpellationen den Gang der Verhandlungen beleben.

Von Paris kommend ist der russische Ministerpräsident in Berlin zu kurzem Aufenthalt eingetroffen. Wie immer, verlautet, daß zwischen Paris und St. Petersburg in allen Fragen volles Einverständnis herrscht. Nachher kommt es dann gewöhnlich etwas anders. Auch in Berlin wird es gewiß nicht zu Unfreundlichkeiten kommen, man wird Verhandlungen suchen und finden, zumal heute die Verhandlungsflächen geringer sind als früher. Bei den großen Schwankungen, denen aber namentlich die russische Politik unterworfen ist, kann es bald auch wieder kommen. Man spricht ja auch jetzt schon davon, daß der jetzige Ministerpräsident bald seinen Posten verlassen werde. Ob damit auch ein Systemwechsel verbunden sein wird, muß man zunächst abwarten.

In dem kleinen Städtchen des Reichslandes Bader ist es zu argen Ungerechtigkeiten gekommen, welche die Dine für einige Tage bis auf den Kopf stellten. Ungehörige Äußerungen von Militärpersonen gaben den Anlaß zu mehrtägigen Tumulten. Das sind bedauerliche Verkommenisse,

die von alten Leidenschaften aufgegriffen, die Ruhe und den Frieden des jüngsten deutschen Bundesstaates stark bedrohen. Wie immer, darf man wohl annehmen, daß die Schuld auf beide Seiten zu verteilen ist. Die Grundursache aber liegt jedenfalls nicht in dem Einzelfalle der reizenden Worte, die das Volk erregt haben. Es gibt leider unter den Eingewanderten in Elbsch-Vorbringen nur zu viele, welche zu solchen Maßlosigkeiten geneigt sind, die nicht die genügende Rücksicht auf die eingeborene Bevölkerung nehmen. Das datiert nicht erst von heute, das ist so alt, wie der jetzige Zustand überhaupt währt. Eine ganze, in ihren Eigenarten fest zusammen haltende Bevölkerung läßt sich nicht einfach unterbuttern und erst recht nicht vor den Kopf stoßen. Wir haben leider in Deutschland wenig Talent, Herzen zu gewinnen und uns beliebt zu machen. In dem Mittel könnten wir von den Engländern und auch von den Franzosen Vieles lernen. Hoffentlich zieht man aus diesem Falle gute Lehre und läßt es nicht ins Gegenteil umschlagen.

Die Balkanfrage ist jetzt in ein ruhiges Fahrwasser gekommen, nachdem der Frieden zwischen Griechenland und der Türkei dieser Tage endlich perfekt geworden ist. Allerdings ist die Inselfrage und die Festlegung der Südgrenze Albaniens noch nicht erledigt. Diese Dinge sind in die Hand der Mächte gelegt, und da allerseits lebhaft auf die Vorarbeiten gesehen scheint, so wird man auch diese Fragen bald auf eine zufriedenstellende Art lösen können. Wie sich die Sache später auf dem Balkan gestaltet, läßt sich heute wohl nicht sagen. Was heute gut Freund zu einander ist, kann morgen wie Raub und Hund zu einander stehen. Auch der angebliche neue Balkanbund zwischen Rumänien, Serbien und Griechenland ist nicht auf besonderer Herzensliebe gewachsen. Am besten steht heute immer noch Bulgarien, trotz seiner letzten Niederlage da, es hält sich aus allem und entscheidet sich nach den gegebenen Umständen, denn der letzte Akt des Dramas auf dem Balkan ist jedenfalls noch nicht gespielt, wenn auch einige Jahre Pause eintreten mögen.

In Mexiko ist es noch zu keiner Entscheidung gekommen. Amerika macht manchmal eine ernste Miene, aber dann im letzten Augenblicke schnell man wieder zurück. Nebenfalls aber will Amerika den bisherigen Präsidenten Huerta unter

allen Umständen beiseite wissen. Für die anderen Staaten kann es schließlich gleichgültig sein, wer an der Spitze des Landes steht, wenn nur für Ordnung und Sicherheit in Mexiko gesorgt ist. Wie verlautet, soll Huerta in seiner Not sich an den Papst gewandt haben, damit er das Schiedsrichteramt übernehme. Dazu ist allerdings auch das Einverständnis der anderen Seite erforderlich, was bisher nicht vorliegt. An und für sich ist ein solches Schiedsrichteramt ein sehr unangenehmes Geschäft. Dazu kommt hier, daß die Hauptschwierigkeiten in den revolutionären Strömungen liegen, die das Land selbst durchwühlen und die sich so leicht nicht durch einen Spruch erledigen lassen.

Aus der Praxis sozialdemokratischer Gemeindeverwaltung.

In der Theorie haben die Sozialdemokraten die allerhöchsten Grundsätze. Und wenn sie mit ihnen auf ihren Agitationszügen haufen gehen, sollte man glauben, diese Grundsätze brauchen bloß in die Praxis übergeführt zu werden, und wir hätten hier auf der Welt die idealsten Zustände. So auch auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung und Gemeindepolitik. Gerade hier aber haben die sozialdemokratischen Staatsmänner nach dem, was bisher über die Verwaltungsfunktion der Genossen in den Gemeinden laut geworden ist, völlig verfaßt.

Der lichtigste Punkt, an dem alle Theorie der Sozialdemokratie zusanden geworden sind, sind die Gemeindefinanzen. Gerade in der Gemeinde macht sich das Steuerzahlen viel unangenehmer fühlbar, als wie etwa gegenüber dem Staat; einmal, weil die Gemeindesteuern höher zu sein pflegen, als die Steuern im Staat — vielfach um das Doppelte höher — sodann aber, weil eben die Inangriffnahme immer neuer Gemeindeforderungen das Anzeichen der Steuerfahre in der Gemeinde in unmittelbarer Weise zur Folge hat. Nun würde aber erst recht die Durchführung des sozialdemokratischen Gemeindeprogramms, das die Forderung für jeden einzelnen Gemeindefürer von der Wiege bis zum Grabe am liebsten auf Gemeindeforderungen erledigt wissen möchte, in der Gemeinde außerordentliche Steuerlasten notwendig machen. Lasten von der Höhe, daß ihnen gegenüber die heutigen Abgaben als geringfügig empfunden werden würden. In

dieser Voraussicht erteilt denn auch der sozialdemokratische Lehrmeister auf dem Gebiete der Kommunalpolitik, Landtagsabgeordneter und Stadtverordneter Paul Girsch, seinen Genossen die Mahnung: „So wird ein sozialdemokratischer Gemeindevorteiler mitunter in die unangenehme Lage kommen, Forderungen von Arbeitern, die an und für sich berechtigt sind, trotzdem seine Zustimmung zu verweigern, um die Gesamtheit der Steuerzahler nicht zu schädigen“ („Die Gewerkschaft“ 1912, 22). Also selbst berechnete Forderungen der Arbeiter sollen die Genossen als Gemeindevorteiler ablehnen, um nur ja in der Gemeinde die Steuern nicht zu hoch werden zu lassen und es mit der Wählerschaft zu verderben. Letzteres deswegen, weil das Anzeichen der Steuerfahre von den unteren Steuerzahlern mehr empfunden zu werden pflegt als von den besser gestellten, die Sozialdemokratie auf ersterer aber gerade angewiesen ist.

Je mehr nun auch die Genossen durch den Einzug in die Gemeindefolgen mit der Praxis in Berührung treten, um so lauter kommen aus ihrem Lager die Klagen über die Schwierigkeiten der Gemeindepolitik, um so mehr sehen sie ein und geben das auch selbst zu, wie „hart im Raume stoßen sich die Sachen“. In der „Kommunalen Praxis“, der roten Wochenchrift für Kommunalpolitik und Gemeindefortschritt (1913, 40), äußern sich nach dieser Richtung hin einige interessante Stimmen, und zwar aus badischen Landgemeinden mit sozialdemokratischen Gemeindevortretungs-Mehrheiten. „Wie, in anderen Orten“, so läßt sich die eine vernehmen, „so müssen wir auch in Gagsfeld mit den Reformen und mit der Durchführung unserer Parteiprogrammforderungen sehr vorsichtig vorgehen, weil die Umfragen recht hoch sind und zweifellos noch erhöht werden müssen...“ Also hier erfahren es die Genossen am eigenen Leibe, wie sehr die Durchführung von Forderungen des sozialdemokratischen Parteiprogramms schon von Anfang an Widerstand findet an den Portemonnaieinteressen ihrer Wählerschaft. Ja als hier, wie der Berichterstatter weiter mitteilt, die sozialdemokratischen Gemeindevorteiler darangingen, „mehr Licht, nämlich durch Einrichtung der Gasversorgung, in die Gemeinde zu bringen, stieß diese Maßregel zunächst auf starke Gegnerschaft“. So finden schon die primitivsten Forderungen in der Gemeindepolitik, wenn es den sonst so hellen Genossen an den Geldbeutel geht, starke Schwierigkeiten. Wie aber würden diese erst wachsen, wenn

Wo sind Dr. Diesels Millionen geblieben?

Unter dieser Überschrift lesen wir in Nr. 44 der „Bauwelt“:

Der Tod des bekannten Erfinders Dr. Rudolf Diesel hat in der Tagespresse Erörterungen über seine wirtschaftlichen Verhältnisse, die in sehr unflüchtigsten Beziehungen zum Münchener Grundstücksmarkt standen, hervorgerufen. Wie sind in der Lage, ein wahrheitsgetreues Bild dieser geschäftlichen Vorgänge zu geben, die zum Teil in den bisherigen Veröffentlichungen nicht richtig oder doch nur einseitig zum Ausdruck gekommen sind. Unser Gewährsmann, der sich auf Akten und Urkunden stützt, schildert uns diese Ereignisse, die für die Beurteilung des mythischen Vorfalls von Wichtigkeit sind, wie folgt:

Dr. Rudolf Diesel war ein überaus gewandter und kühlerkühnender Geschäftsmann; sein Schachssinn auf juristischem Gebiete war erstaunlich. Seiner überlegenen Geschäftsgewandtheit verdankte er es, daß er bald nach Erteilung des Patentes auf seine Erfindung im Jahre 1892 von mehreren Firmen gegen Einräumung gewisser Vorrechte sehr erhebliche jährliche Rente bezog, trotzdem die Erfindung unsicher und praktisch unbenutzbar war. Wirklich geschaffen ist der Dieselmotor auf Grund der Idee Diesels nach jahrelangen Studien und Versuchen von der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg. Nunmehr war die Zeit gekommen, wo Diesel aus der Verleibung von Lizenzen hohe Summen aus allen Ländern zufließen. Durch die spätere Veräußerung seines Patentes erzielte er einen Erlös, der mit vier Millionen Mark sicherlich eher zu niedrig als zu hoch geschätzt ist.

Zur gewinnbringenden Anlage seines Vermögens beteiligte sich Dr. Diesel im Jahre 1898 an den verschiedensten Aktienunternehmungen, vornehmlich des Schachtel-Konzerns, unter anderem auch mit rund 400 000 Mark an Konfekt-Terrainunternehmungen in München. Er erwartete einen Gewinn in der besten Lage des Bogenhauser Villenviertels an der Maria-Theresia-Straße und gab der Firma Heilmann und Litzmann G. m. b. H., München, den Auftrag zur Erbauung eines vornehmen, hochherrschaftlichen Einfamilienhauses.

Die Jahre 1900 bis 1901 brachten den schweren, wirtschaftlichen Niedergang, beginnend mit dem Leipziger Bankrott. Der Münchener Grundstücksmarkt erhielt einen empfindlichen Rückschlag. Viele Unternehmungen, an denen Dr. Diesel beteiligt war, erforderten neue Geldmittel, um die Krise zu

überdauern. In diese Zeit fiel die Schlussabrechnung mit der Baufirma Heilmann und Litzmann. Dr. Diesel erhob einige Beanstandungen und nahm daraus nach den darüber vorliegenden Akten den Grund, die fällige Zahlung zu verweigern. Ein Schiedsgericht entschied zugunsten der Baufirma Heilmann und Litzmann. Aufschließungsarbeiten des Terrainunternehmens, an denen Dr. Diesel konsortialer beteiligt war, verlangten die Aufwendung bedeutender Geldmittel, und die Führerin des Konsortiums, die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft, München, sah sich infolgedessen genötigt, von den beteiligten Konsorten eine Einzahlung einzurufen. Sämtliche Konsorten leisteten diese Einzahlung, nur Dr. Diesel nicht; er verlangte vielmehr die Auflösung der abgelaufenen Konsortialverträge und Rückzahlung der eingezahlten Gelder. Die Führerin des Konsortiums stellte Klage auf Vertragserfüllung, die — nach umfangreichen Beweiserhebungen über die Behauptungen und Anschuldigungen Dr. Diesels — im Jahre 1906 von allen Instanzen und in allen Punkten zugunsten der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft entschieden worden ist.

Da Dr. Diesel während der Prozeßführung behauptet hatte, er solle seine eingezahlten Gelder bei der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft für gefährdet löste ihm diese seine Konsortialbeteiligung zusätzlich vier Prozent Zinsen ab. Damit waren die gesamten Engagements Dr. Diesels bei der Baufirma Heilmann und Litzmann G. m. b. H. sowohl als auch bei der Aktiengesellschaft Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft beendet und ausgeglichen.

Im Jahre 1908 ließ ein Gründer und Aktionär der Terraingesellschaft Gräfeling, Aktien-Gesellschaft, München, den Kaufvertrag dieser Gesellschaft von einem Anwalt auf die Frage prüfen, ob nicht ein Grund zur Anfechtung des Geschäftes gefunden werden könne. Das Gutachten lautete dahin, der Kaufvertrag sei nichtig, weil er zwischen der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft und den Gründern der Terraingesellschaft Gräfeling zu einer Zeit abgeschlossen worden sei, als die genannte Terraingesellschaft noch nicht handelsgerichtlich registriert war. Dr. Diesel erfuhr durch einen Agenten den Inhalt dieses Gutachtens und von der Absicht, die Nichtigkeit des Kaufvertrages auf dem Prozeßwege zu erweisen. Auf diese Nachricht hin erwarb Dr. Diesel teils direkt, teils aus Umwegen gegen 1000 Aktien der Gräfeling-Terraingesellschaft zu einem durchschnittlichen Kurse von ungefähr 35 Prozent. Damit verfügte er über eine Mehrheit von zwei Dritteln der gesamten Aktien. Er sicherte sich den entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung der Gesellschaft auch noch dadurch, daß

er an Stelle des bisherigen Aufsichtsrates Männer setzte, die ihm ergeben waren.

Ehe der Prozeß eingeleitet wurde, ließ ihm die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft durch ihren Anwalt das Angebot machen, ihr seine Gräfeling-Aktien mit einem entsprechenden Aufgeld abzutreten. Dadurch sollte der Prozeß und — woran die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft ein sehr erhebliches Interesse hatte — die Verflechtung der Baufirma der Terraingesellschaft Gräfeling für Prozeßkosten vermieden werden. Dr. Diesel lehnte ab; er wollte seine Spekulation durchführen. Der Ausgang der Prozeßes ist bekannt. Im Juni 1910 entschied das Reichsgericht endgültig zugunsten der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft. Zug diese aus dem Ergebnisse dieses Rechtsstreites die Konsequenzen, so war die Terraingesellschaft Gräfeling bankrott, und ihre Aktien waren wertlos. Das bedeutete für Dr. Diesel einen Verlust von über 300 000 Mark.

Die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft erklärte sich bereit, an der Sanierung der Terraingesellschaft Gräfeling mitzuwirken; Dr. Diesel lehnte für sich ab, weil es ihm peinlich war, mit den übrigen Aktionären zusammenzuarbeiten, die sich durch seinen Einfluß hatten bestimmen lassen, mit der Prozeßführung alles auf eine Karte zu setzen. Dr. Diesel machte vielmehr der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft den Vorschlag, sie solle die Sanierung selbst durchführen, er überlasse ihr zu diesem Zwecke seine Aktien kostenlos, wenn er die von ihm näher gezeichneten Grundstücke (Baupläne an fertigen Straßen) in dem Villenquartier Bogenhausen preiswert erwerben könne.

Die Verhandlungen führten zu einer Einigung. Dr. Diesel erwarb 545 000 Quadratfuß fertige Baupläne zum Preise von durchschnittlich 2 Mark für den Quadratfuß. Auf den Bauplänen ruhte zur ersten Stelle ein Kaufvertrag zu 500 000 Mk.; Diesel zahlte 100 000 an, der Rest wurde ihm als Hypothek an zweiter Stelle bis 1918 gestundet. Als Zweck des Erwerbs dieser Baupläne gab nach den vorhandenen Urkunden Dr. Diesel der Heilmannschen Immobilien-Gesellschaft an, er wolle damit seinem Sohne und Schwiegersohne ein Arbeitsfeld schaffen; die Grundstücke sollten unter seiner Oberaufsicht bebaut und verkauft werden. Die Auflassung der Grundstücke an Dr. Diesel und seine Gattin Frau Martha Diesel und die Umschreibung im Grundbuch erfolgte am 18. August 1910.

Schon am 15. September 1910 verkaufte Dr. Diesel 204 000 Quadratfuß, also ungefähr zwei Drittel der Bogenhauser Grundstücke, die er einen Monat vorher zu je 2 Mark erworben hatte, um den Preis von vier Mark für den Quadratfuß an die

Maschinen- und Dampfseilfabrik Guillaume-Werke, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation in Neustadt a. S. Aus diesem Geschäft ergab sich für Dr. Diesel ein Gewinn von 400 000 Mark, der der Käuferin zu 5 Prozent gegen einjährige Kündigungsfrist gestundet und auf den Grundstücken als Hypothek eingetragen wurde. Für die Hypothek übernahm Kommerzienrat E. Guillaume die persönliche Haftung. Gleichzeitig bewährte Dr. Diesel derselben Gesellschaft, die zur Zeit des Geschäftsabschlusses vor dem Konkurs stand, ein Darlehen, das dem Betrage nach auf 316 000 Mark lautete. Für einen Betrag von 250 000 Mark übernahm auch hier Kommerzienrat E. Guillaume die Haftung und übergab als Sicherheit an Dr. Diesel 500 Stück Prioritätsaktien der Aktiengesellschaft Guillaume-Werke, sowie 110 000 Mark 4 1/2 prozentige Obligationen der Gewerkschaft Kupferberg.

In rascher Folge erwarb nun Dr. Diesel eine Anzahl Rentenpapiere in München, sowie drei Geschäftshäuser in Hamburg, und tilgte die Kaufschillingsscheine jeweils mit Teilen der vorerwähnten Hypothek zu 400 000 M. und der Darlehensforderung zu 316 000 Mark, die er an die Verkäufer der Objekte unter Ablehnung einer Haftung gebierte. Einen erheblichen Teil der Bogenhauser Baupläne verkaufte er direkt, und zwar den letzten Teil (96 000 Quadratfuß) im April 1911 an den Grafen Arco-Zinneberg. Da sowohl die Guillaume-Werke wie Kommerzienrat Guillaume selbst in Konkurs gingen, veräußerten Darlehensforderungen dadurch völlig und da die Hypothekforderungen, soweit sie keine reale Sicherheit boten, wertlos wurden, drohten Dr. Diesel seit Jahresfrist von den Geschädigten Prozesse. Eine Klage des Konkursverwalters der Sparkasse Stedorn (Schweiz) war schon fast einige Zeit anhängig.

Nach heute ist es unaufgeklärt, wo Diesels Millionen hingekommen sind. Die im Kampfe gegen die Heilmannsche Immobilien-Gesellschaft durchgeführte und schlagelagene Spekulation, die Anzahlung an die Gesellschaft aus dem Grundstücksverkauf, das Darlehen an die Guillaume-Werke, die Umföten seiner Grundstücksverhältnisse können nach den Belegen kaum mehr als eine Million beansprucht haben. Dabei war Dr. Diesel bis zum Juli 1913 technisch tätig, unterhielt ein Bureau von durchschnittlich 14 Ingenieuren, ein kaufmännisches Bureau, und soll der Veräußerung neuer Patente, Hilfeleistung für Maschinenfabriken durch Lieferung von Zeichnungen und bei Aufnahme der Fabrikation von Dieselmotoren jährlich große Einnahmen erzielt haben.

werden, und